

## **Rede Knut Korschewsky zum Landesparteitag in Wurzbach**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Werte Gäste!

Wir haben uns für die nächsten Tage viel vorgenommen, das in die Zukunft weist.

So wollen wir uns mit zukunftssicheren Strukturen unserer Partei hier in Thüringen beschäftigen. Wollen über die Demokratisierung der Kommunalpolitik sprechen und uns mit dem, immer wichtiger werdenden, Thema Europapolitik befassen.

Ein großes Programm also, das konzentrierte Arbeit erfordert.

Letztlich handelt es sich bei allen 3 Themen um Herausforderungen die uns in die Zukunft begleiten und die mit dafür ausschlaggebend sind, wie erfolgreich wir in Zukunft sein werden.

Nach der Gründung unserer neuen Partei vor gut 5 Jahren und anfänglich großen Erfolgen ist nicht alles optimal gelaufen. Es gab Diskussionen die uns von unserer eigentlichen Arbeit abgehalten haben.

So waren die letzten 2 Jahre bis zum Göttinger Parteitag von Personaldiskussionen geprägt und Inhalte sind in den Hintergrund getreten. Das hat uns nicht gerade gestärkt und das Interesse der Menschen an uns ist demzufolge geringer geworden, wie man leicht an den Wahlergebnissen und Meinungsumfragewerten aus dieser Zeit ersehen kann.

Mit dem Göttinger Parteitag und der Wahl einer neuen Parteispitze ist das zu Ende. Es ist nicht alles gut, aber vieles besser geworden.

Katja und Bernd machen einen guten Job und haben wesentlich dazu beigetragen die Situation zu verbessern.

Vor allem mit der Sommertour, die sie auch durch Thüringen geführt hat wurde das sehr deutlich. Die Rückmeldungen aus den Kreisen waren durch die bank positiv.

Überhaupt ist zu spüren, dass in der Partei, vom Bundesvorstand bis in die Basisgruppen der Wille vorherrscht wieder sachbezogene Politik zu machen.

Wir kümmern uns wieder um die Politik in Deutschland und Europa. Wir sind wieder für die Probleme da, die die Menschen beschäftigen und so steigen auch die Umfragewerte wieder.

Das kann natürlich kein Ruhekitzen sein, das wissen wir. Es zeigt aber, dass wir eine Chance haben dauerhaft als LINKE in der Bundesrepublik Politik zu machen.

Parteien, liebe Genossinnen und Genossen sind kein Selbstzweck sondern für die Menschen da, dann werden sie gebraucht und dann werden sie auch gewählt.

Es war eine der Stärken der PDS, dass sie eine Kümmerpartei war und das sind wir mehr und mehr auch als DIE LINKE wieder!

Da gilt ganz unser alter Slogan aus den 90'er Jahren: **Partei für den Alltag, nicht nur für Wahltage.**

Und, das ist auch dringend notwendig, denn die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind in fast allen europäischen Ländern deutlich zu spüren.

Diese Krise basiert unter anderem auf deutlichen Konstruktionsfehlern der Währungsunion, auf die wir schon vor Jahren hingewiesen haben. Eine

Währungsunion, die nicht von einer Wirtschafts- und Sozialunion begleitet wird kann nicht funktionieren und wird nicht funktionieren.

Die Gemeinschaftswährung wirkt nämlich auf die einzelnen Volkswirtschaften wie eine Fremdwährung, nur dass diesen einzelnen Volkswirtschaften eigene währungspolitische Instrumente der Gegensteuerung fehlen. Deswegen wurde der Stabilitätspakt nicht etwa zu lässig gehandhabt, wie Merkel und Westerwelle suggerieren, er muss daher auch nicht verschärft werden, sondern er muss abgelöst werden durch eine „Wirtschaftsregierung“, in der die Wirtschafts-, Sozial- und Währungspolitik gemeinsam koordiniert werden. Nur die gemeinsame Kooperation kann einen Ausweg aus der Krise bieten, nicht die Forcierung der bisherigen Politik.

Ein Grundirrtum neoliberaler Währungspolitik besteht in der ausschließlichen Fixierung auf Geldwertstabilität. Die Neoliberalen haben den Glauben in die Welt gesetzt, dass eine gemeinsame Währung irgendwie automatisch zu einer Angleichung der Volkswirtschaften im Euroraum führen würde. Nur müssten alle beteiligten Länder sich an die Auflagen des Stabilitätspakts halten. Wer ausschert, so wird dann gefolgert, gefährdet die Gemeinschaftswährung.

Diese Annahme des geldpolitischen Neoliberalismus ist aber ein Irrtum. Die gemeinsame Währung hat die Auseinanderentwicklung dieser Volkswirtschaften befördert und wirtschaftliche Ungleichgewichte verschärft. Die Bundesregierungen von Helmut Kohl über Schröder und Merkel/Steinmeier bis heute haben daran entscheidenden Anteil gehabt.

Deren Politik war auf die Privilegierung der Exportindustrie fixiert, die Mittel dafür bestanden in Sozialabbau, Lohnsenkung, Steuersenkung für Reiche und Unternehmen, Rentenkürzung und Schaffung eines Niedriglohnsektors. Die institutionellen Grundlagen der Europäischen Union wurden entsprechend auf die

Gewährleistung der Kapitalfreiheit angelegt, wobei die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Frankreich kräftig mit Hand anlegte.

Diese wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zogen nach sich, dass Reichtum von unten nach oben verteilt wurde und dass für das so akkumulierte Kapital die Binnenmarktinvestition nicht mehr attraktiv wurde, es also nach anderen Anlagemöglichkeiten suchte.

Die Sparmaßnahmen, die den Hilfe ersuchenden Staaten aufoktroziert werden, führen zu einer Verarmung der Bevölkerung und einer ökonomischen Schwächung dieser Staaten. Damit wird aber mittelbar auch der deutsche Export gefährdet. Den deutschen Leistungsbilanzüberschuss kann es nur geben, wenn ihm ein entsprechendes Defizit korrespondiert, mit anderen Worten, wenn es ausländische Märkte gibt, in denen eine effektive Nachfrage besteht. Ein Konjunkturunbruch im EU-Ausland kann der deutschen Exportwirtschaft nicht entgegenkommen.

Die Bundesregierung weigert sich, die Revisionsbedürftigkeit der vertraglichen Grundlagen der EU einzugestehen. Sie operiert lieber im Rahmen verdeckter Vertragsänderungen, die im Klartext Vertragsbrüche darstellen.

Zudem sind sie nach unserer Auffassung, gerade im Kontext des Lissabon-Urteils des Bundesverfassungsgerichts, auch verfassungswidrig. Das ist eine Gelegenheit für DIE LINKE, ihre Vorstellungen davon, wie solidarische vertragliche Grundlagen aussehen müssten, zu entwickeln und in die politische Diskussion einzubringen.

Wesentliches dazu haben Gregor Gysi und Oskar Lafontaine in ihrem „Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union“ notiert.

Daran wäre anzuknüpfen.

Klar sein muss: Wer eine solidarische Union will, wer will, dass die Finanzmärkte wieder reguliert werden, wer will, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Währungspolitik wirksam koordiniert werden, wer will, dass die sozialen Grundrechte nicht nach den Kapitalfreiheiten rangieren, der darf Vertragsänderungen nicht ausweichen.  
Daher fordert DIE LINKE die Einleitung eines Vertragsänderungsverfahrens unter Einberufung eines Konvents.

Liebe Genossinnen und Genossen,

insgesamt zeigt sich, dass DIE LINKE dringend gebraucht wird. In den letzten Jahren haben wir Themen auf die Tagesordnung gesetzt, die gesellschaftlich bisher keine Rolle gespielt haben oder untergeordnet behandelt wurden aber dank unseres Engagements in der politischen Diskussion angekommen sind. Auch die anderen Parteien kommen nichtmehr drum herum sich zu solchen Themen wie Mindestlohn, Rentenangleichung oder Kampf gegen Rechtsextremismus zu äußern.

Gerade an der Praxisgebühr, gegen deren Einführung wir als einzige Partei immer waren wird das deutlich.

Nicht nur in der Krise kopiert die politische Konkurrenz die Ideen der LINKEN.

**Hier zeigt sich wieder: DIE LINKE wirkt! frei nach dem Motto: Wer hat's erfunden?**

Ihr kennt doch sicher die legendäre Werbung für ein Hustenbonbon?

Drei nackte Männer genießen nach der Sauna die eidgenössischen Bonbons und rühmen diese als finnische Erfindung. Plötzlich bedrängt sie ein spackes

Männchen: „Wer hat’s erfunden?“ Kleinlaut gestehen die Hünen ein: „Die Schweizer!“

In der Politik gibt es keine Copyrights. Die politische Konkurrenz bedient sich fleißig bei der LINKEN. Und wenn es den Menschen hilft soll uns das auch recht sein.

Mindestlohn und Finanztransaktionsteuer gehören heute ebenso ins Repertoire anderer Parteien wie die Forderungen nach einem Abzug aus Afghanistan oder einer höheren Besteuerung der Superreichen.

Kaum jemand wäre vor wenigen Jahren darauf gekommen, die Bundesregierung erwäge ernsthaft Eingriffe in private Banken, gar deren Verstaatlichung. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen, und eines wiederholte sich ständig: Als zuerst DIE LINKE die Themen aufbrachte, ließen Widerspruch und Ablehnung nicht auf sich warten. Diese wurden mal lauthals empört, mal süffisant belächelnd, mal herablassend onkelhaft vorgetragen. DIE LINKEN Spinner eben mit ihren wirklichkeitsfremden Vorstellungen.

Manche nennen das Ideenklau. Das sehe ich anders.

Wir wollen die Gesellschaft verändern, nicht bloß recht behalten.

Unsere Vorschläge finden breiten Widerhall, aus der Opposition hat DIE LINKE Debatten mitbestimmt und ein Stück weit Politik und Realität verändert. Es ist doch genugtuend, wenn viele Menschen – und eben auch viele Parteien – aufgreifen, was wir angestoßen haben. Und trotzdem liegen zwischen Worten und Taten nicht selten Welten.

Die Sozialdemokratie und die Grünen müssen noch in der Praxis nachweisen, ob sie sich tatsächlich von der unsozialen Agenda-Politik abwenden, die sie losgetreten haben.

Ob die SPD da mit einem Kanzlerkandidaten Steinbrück jedoch den richtigen Mann hat um das zu beweisen darf stark bezweifelt werden. Schließlich war er einer der Konstrukteure dieser Politik. Seine derzeitigen Erklärungen liefern keinen Beleg dafür dass sich seine Positionen geändert haben und die SPD mit ihm als Kanzler wieder sozialdemokratische Politik macht.

Und auch die nun von der Grünen Basis bestimmte Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckhardt steht nun bestimmt nicht für eine besonders soziale Politik. Auch Sie steht für die Hartz IV Politik von Schröder und Genossen und macht jetzt die Tür für SCHWARZ/GRÜN nach der Bundestagswahl weit auf. Wenn wir das verhindern wollen, dann müssen wir alles daran setzen, dass wir als LINKE wieder mit einer starken, einer sehr starken Fraktion in den Bundestag einziehen.

Die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition brauchte Monate, sich über Almosen für Hartz-IV-Beziehende zu einigen, eine milliardenschwere Bankenrettung schaffte sie binnen Stunden. Entgegen allem Wortgeprassel in Sonntagsreden sterben am Hindukusch weiter Zivilisten wie auch deutsche Soldaten und solche aus anderen Ländern. Bei Millionärsteuer, Finanztransaktionsteuer, Mindestlohn, Abzug aus Afghanistan und vielen anderen Themen gilt: Es wird viel geredet, aber es tut sich nichts.

Sorgen, uns könnten die Themen ausgehen, gehören deshalb ins Reich der Fantasie.

An sogenannten Alleinstellungsmerkmalen mangelt es gerade angesichts der Finanzmarktkrise nicht, und richtig ist, dass wir an unsere Politik für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, für Frieden und Gewaltfreiheit, für Emanzipation keine Luft lassen.

Zugleich brauchen wir ein offenes Klima, müssen uns als lernfähig erweisen und das auch anderen zugestehen. Wenn wir kooperations- und bündnisfähig sind, können wir Vernünftiges bei Wettbewerbern unterstützen und Eigenes auch umsetzen.

Dann können wir – ganz unter uns – schon mal sagen: DIE LINKE hat's erfunden!

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch in Thüringen sind eine ganze Reihe von Problemen zu bearbeiten.

So hat sich die wirtschaftliche Lage in den **Thüringer** Kommunen in den letzten Jahren drastisch verschärft. Mangel an Geld **in unserem Lande** ist jedoch nicht der Grund. Vielmehr fand in den letzten Jahren eine permanente Umverteilung der Vermögen von unten nach oben statt, gefördert durch die Regierungspolitik **im Bund und den Ländern. So hat sich in den vergangenen 10 Jahren der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen um mehr als 5 Prozentpunkte reduziert. Den Thüringer Kommunen, die derzeit im Jahr rund 1,1 Milliarden EUR Steuereinnahmen haben, gehen hierdurch pro Jahr nahezu 400 Mio. EUR an Steuereinnahmen verloren.**

DIE LINKE fordert deshalb u.a. die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Form der Millionärsteuer. Trotz der Krise ist die Zahl der Millionäre weiter gestiegen. Deshalb fordern wir eine Umverteilung des Reichtums und die



Einführung einer Vermögensabgabe! Allein eine Millionärsteuer würde je nach Berechnungsgrundlage 70 bis 100 Milliarden zusätzliche Einnahmen jährlich bedeuten – Geld, das auch zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage eingesetzt werden könnte. Eine gezielte Besteuerung der hohen Vermögen ist nicht nur ein Gebot der klammen Kassen, sondern auch eines der Gerechtigkeit. Der Ausweg aus der Finanzkrise darf nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geschehen, sondern muss die wirklich Verantwortlichen zur Kasse bitten – die Banken und Finanzspekulanten!

Darüber hinaus fordert DIE LINKE in Thüringen eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen, so wie dies auch der Thüringer Verfassungsgerichtshof bestimmt hat.

Gegenwärtig ist absehbar, dass die im Thüringer Finanzausgleichsgesetz festzuschreibende Schlüsselmasse nicht ausreicht um die Bedarfe der Kommunen abzudecken.

In der Folge müssen die Thüringer Kommunen Leistungen reduzieren oder ganz streichen. Zeitgleich werden Gebühren und Abgaben erhöht und notwendige Investitionen in eine ungewisse Zukunft verschoben. Somit müssen die Einwohnerinnen und Einwohner die Folgen der verfehlten Landespolitik unmittelbar tragen. Mit dieser Art von Politik muss endlich Schluss gemacht werden.

Die für 2012 prognostizierten Steuermehreinnahmen des Landes Thüringen in Höhe von 197 Mio. Euro müssen demzufolge auch denen zugute kommen, die in der Gesellschaft immer wieder hinten runter fallen. Das sind die Kommunen an sich und das sind Projekte im Bildungs- und Sozialbereich. Viele Vereine und Verbände wissen heute noch nicht, wie sie 2013 oder gar 2014 weiter arbeiten

sollen und können. Deshalb sagen wir, für die Jahre 2013 und 2014 müssen die Kommunen jeweils mindestens 50 Mio Euro mehr erhalten und die gleiche Summe von 50 Mio Euro muss in Bildungs- und Sozialprojekte, also in die Zukunft investiert werden.

Dazu werden die Finanzexperten unserer Landtagsfraktion die entsprechenden konkreten Vorschläge unterbreiten.

Um auf diese Situation aufmerksam zu machen haben wir am Rande der letzten Landtagssitzung eine Aktion durchgeführt und wollen in Abstimmung mit den Kreisen eine Kampagne zu diesem Thema durchführen. Die Materialien dafür sind ab jetzt für alle Kreise verfügbar. Die Flyer „Millionärssteuer als Schuldenbremse“ könnt Ihr hier mitnehmen. In den Kreisen sollen die Plakatierung, Infostände und Veranstaltungen organisiert werden. Die Fachpolitiker der LTF stehen dafür zur Verfügung.

Leider ist die von den Kreisvorsitzenden erwünschte kreisliche Individualisierung der Flyer auf Grund fehlender Zuarbeiten nicht gelungen, so dass wir uns auf „Landesaussagen“ beschränken mussten. Nur vier Kreise haben diese Zuarbeiten abgeliefert. Da müssen wir noch besser werden und uns stärker beim Wort nehmen. Die Landesgeschäftsstelle kann nur das verarbeiten was eben auch vorliegt.

Liebe Genossinnen und Genossen.

Die Fragen der Gebietsreform sind nicht geregelt, werden aber immer drängender um nur ein weiteres Beispiel zu nennen.

Hier ist in den letzten Jahren wenig bis nichts passiert. Gerade am Beispiel von Eisenach wird aber deutlich, dass die derzeitigen Strukturen und die Art wie über den Landeshaushalt die Mittel an die Kommunen verteilt werden dringend etwas geändert werden muss. Auch hier braucht es nachhaltige Veränderungen die auch in der Zukunft tragfähig sind.

Das Gleiche lässt sich für die Bereiche Bildung und Kultur sagen. Beides sind Aufgaben, die im entscheidenden Maß mit darüber bestimmen wie Thüringen für die Zukunft aufgestellt ist. Thüringen ist ein Land, das reich an Kultur ist, die es zu bewahren gilt. Kultur immer nur als Kostenfaktor zu begreifen führt in eine Sackgasse und zerschlägt einen Reichtum den wir auch mit Blick auf nachfolgende Generationen zu erhalten haben. Reichhaltige Kulturangebote gehören dazu, wenn es darum geht aus Thüringen einen liebenswerten Lebensort zu machen. Letztlich ist es auch der Reichtum unserer Kulturlandschaft mit den sich Menschen identifizieren und die eine Entscheidung für oder gegen Thüringen beeinflussen.

Eines wird doch immer wieder deutlich, wenn man das oft hilflose agieren der Regierungskoalition betrachtet. Der CDU fehlen Konzepte und der Wille etwas zu verändern. Hier wird oft frei nach dem Motto gearbeitet: Das haben wir schon immer so gemacht, das hat sich bewährt und das machen wir weiter so.

Es fehlten Visionen, Innovationen und Begeisterung für Neues, Modernes.

Es ist an allen Ecken und Enden zu spüren, dass in dieser Regierung zusammenarbeitet was nicht zusammen gehört. Die Thüringer Koalition ist nur mit Fingerhakeln beschäftigt. Viel zu sehr geht es um Machterhalt, Machtpolitik und den Nachweis, wer ist der Stärkere.

Erst gibt es ein unwürdiges Gezerre über den Landeshaushalt, ein Sommertheater pur und dann erleben wir am vergangenen Wochenende, dass

bei der CDU offensichtlich nicht mehr klar ist wer eigentlich das sagen hat Lieberknecht oder Mohring. Sie arbeiten also nicht für Veränderungen im Sinne der Menschen in diesem Land, sondern beschäftigen sich damit, wer der stärkste in der eigenen Partei ist. Und dann 2 Tage später tönt Der SPD-Vorsitzende Christoph Matschie in einer Tageszeitung: „Die CDU ist nicht mehr Regierungsfähig“

Ja liebe Genossinnen und Genossen ich frage mich besorgt: An wem liegt es denn aber, dass die CDU noch in der Regierung ist? Sollte sich da Christop Matschie nicht an die eigene Nase fassen?

Noch hätte die SPD die Chance Signale zu setzen. Ich bin mal gespannt, ob dfa wieder nur ein Sturm im Wasserglas ist.

Die Zukunftsaufgaben bleiben dabei bei all dem Gestreite um Macht und Einfluss allzu oft unbearbeitet.

Uns ist bewusst, dass eine andere Politik in Thüringen nur mit den Grünen und der SPD möglich ist. Das sind die einzigen Partner mit denen es eine ganze Reihe von Schnittmengen gibt wenn es um die Gestaltung einer neuen Politik geht.

Wir wissen natürlich, dass dieser Wechsel schon 2009 möglich gewesen wäre und wir wissen auch woran es gelegen hat.

Unsere Angebote waren sehr weitgehend liebe Genossinnen und Genossen, aber wenn von uns Selbstaufgabe und Selbstverachtung erwartet wird, dann hat das alles seine Grenzen und ist mit uns nicht zu machen.

Über 20 Jahre nach der Wende ist es auch unredlich uns nur aus der Perspektive der „Nachfolgepartei“ zu betrachten. Wir sehen zu unserer Verantwortung aber lassen uns in unseren Politikansätzen auch nicht kleinmachen. Wir haben in der Aktuellen Politik etwas beizutragen zur Gestaltung des Landes im Interesse der Thüringerinnen und Thüringen. Daran lassen wir uns gerne Messen.

Aber liebe Genossinnen und Genossen

wir haben auch Fragen zu besprechen die, die die Zukunft der Arbeit unserer Partei betreffen.

Wir haben in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet hier in Thüringen. Sowohl die Wahlergebnisse 2009 als auch die Erfolge bei den Wahlen zu den Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern bestätigen das eindrucksvoll. Katja und Bernd haben auf unserer Basiskonferenz in Sömmerda noch einmal klar gesagt wie wichtig diese Erfolge für die Gesamtpartei waren. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen. Das erfordert aber, dass wir genau hinschauen und die richtigen Beschlüsse fassen.

Große Herausforderungen stehen vor uns und da ist nicht viel Zeit zum verschnaufen.

Schon 2013 liegt ein wichtiges Wahljahr vor uns, das wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Bundestagswahlen schafft. Im Januar beginnt das mit den Wahlen in Niedersachsen. Sie sind ein wichtiges Stimmungsbarometer dafür, ob wir das Tal durchschritten haben und wieder im Aufwind sind. Deshalb bedarf es der konzentrierten Unterstützung der Niedersächsischen Genossinnen und Genossen. Der Wiedereinzug in den Landtag in Hannover wäre das richtige Signal für die Bundestagswahlen.

Zu den Bundestagswahlen wollen wir natürlich wieder einen gewichtigen Beitrag für ein gutes Ergebnis leisten.

Das heißt im Klartext, dass wir das Ergebnis von 2009 wieder erreichen und die Direktmandate verteidigen, vielleicht sogar ausbauen wollen.

Uns allen ist klar, dass uns das nicht in den Schoß fallen wird. Dazu braucht es die Mobilisierung aller Kräfte und ein einheitliches Vorgehen auf der Basis der

Bundeswahlstrategie. Dazu werden wir im März einen Parteitag und die VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste machen.

Eines ist aber jetzt schon klar, die Kampagne wird ein hohes Maß an politischer und organisatorischer Geschlossenheit erfordern. Alle Genossinnen und Genossen sind aufgerufen an ihrem Platz das zu tun was sie tun können um den Erfolg zu organisieren. Und da gilt es wieder alle Formen und Methoden zu nutzen die nötig sind vom Infostand bis zur Großveranstaltung, von Plakataktionen bis zur Briefkastenverteilung von Gespräch mit dem Nachbarn bis zur Veranstaltung in den Wohngebieten. Wir müssen dahin gehen, wo die Menschen sind und nicht darauf warten, dass sie zu uns kommen. Wichtig ist dass wir die Menschen mit unseren Themen erreichen und klären, dass wir unverzichtbar sind wenn es darum geht die Bundesrepublik sozialer, demokratischer und friedlicher zu machen.

Es gilt den Menschen zu verdeutlichen, dass DIE LINKE als gesamtdeutsche Partei dringender denn je gebraucht wird in den nächsten Jahren. Wir stehen für einen Wertewandel mit dem einhergeht, dass nicht mehr das Kapital und die Kapitalinteressen das Non plus Ultra des politischen Handelns sind sondern das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger.

Um das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger geht es von Europa bis in die Kommunen. Europa geht uns heute genauso an wie die Landes- und die Kommunalpolitik. Wer meint was die EU da beschließt hat mit uns nichts zu tun, der Irrt sich gewaltig. 80% aller kommunalen Entscheidungen werden direkt durch Entscheidungen der EU-Parlaments beeinflusst und das nicht nur zu schlechten. Denken wir nur an die Beschlüsse zur Stärkung der Verbraucherrechte. Wenn wir also heute erfolgreiche Kommunalpolitik machen wollen, dann müssen wir uns in der Europapolitik gut auskennen. Unsere

kommunale Verankerung ist aber wieder unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Landes- und Bundespolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In den letzten Jahren (seit 2006) und verstärkt in den letzten Monaten haben wir eine umfassende Diskussion zu den Strukturen durchgeführt, die wir brauchen, um unsere Arbeit im Land auch in Zukunft erfolgreich organisieren zu können.

Wir haben Regionalkonferenzen und eine Landesstrukturkonferenz zu diesen Fragen durchgeführt. Heute wollen wir diese Debatte soweit beenden, dass wir die bisherigen Arbeitsergebnisse in einem Beschluss zusammen fassen.

Dabei gibt es naturgemäß viele Fragen in denen wir uns völlig einig sind und einige wenige Punkte, die durchaus noch diskutiert werden müssen. Klar ist aber für uns alle, dass wir mit der aktuellen Situation umgehen müssen.

Dabei steht im Mittelpunkt, dass wir die Meinungsbildung in der Partei durch Grundsatz- und Strategiearbeit sowie politische Bildung organisieren, die Meinungsbildung in der Gesellschaft durch Bürgerdialog und Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen und weiter entwickeln, den Wahlkampf organisieren und – durchführen sowie das Parteileben organisieren und neue Mitglieder gewinnen.

Darüber hinaus müssen wir Reserven für die Finanzierung unserer Parteiarbeit erschließen. Ihr alle wisst, dass wir nicht zu denen gehören, die Großspenden erhalten sondern vor allem von den Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Mandatsträgerbeiträgen leben. Das macht uns politisch unabhängig aber ist auch eine hohe Verantwortung, wenn es zum Beispiel um den Satzungsgerechten Beitrag jedes Mitgliedes und jedes Mandatsträgers geht.

Eine hohe Verantwortung liegt in den nächsten Jahren aber auch auf dem Gebiet der Einbeziehung der Mitglieder in die Meinungsbildung und in die aktive Arbeit.

Insbesondere an der Schnittstelle zu den Neumitgliedern muss sich da grundlegendes ändern. Die Zeit vom Antrag auf Mitgliedschaft bis zur aktiven Einbeziehung in unsere Arbeit muss deutlich verkürzt werden. Wenn ein Mitglied, das sich im Internet gemeldet hat erste nach drei oder vier Monaten von uns hört, dann ist das viel zu spät.

In diesem Zusammenhang gilt es auch unsere Kommunikationsstrukturen zu verbessern. Neue Medien können die Kontaktaufnahme deutlich erleichtern und Zeitabläufe verkürzen. Aber dazu müssen diese auch wirkungsvoll genutzt werden. E-Mails nützen nichts, wenn sie nicht gelesen werden und Postfächer überlaufen von liegengebliebener Post.

Wir wissen aber auch, dass wir die Schnittstellen zwischen neuen Medien und konventioneller Kommunikation beherrschen müssen. Deshalb haben wir uns für eine Mitgliederzeitung entschieden, die jedes Mitglied per Post zugeschickt bekommt. In der Zeitung gibt es aber viele Verweise und QR-Kode, die auf Internetseiten verweisen. Dort kann man dann noch mehr zum Thema erfahren. Eure Meinung zum LINKSBLICK, Hinweise und Kritiken aber auch Lob würden der Reaktionsgruppe weiterhelfen, die bemüht ist die 8 Seiten anspruchsvoll zu füllen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

An vielen Stellen geht es in unserer Arbeit auch darum uns gegenseitig ernst zu nehmen. Wenn wir die vor uns stehenden Aufgaben meistern wollen muss auch die Verbindlichkeit in der Arbeit steigen. Absprachen und Vereinbarungen sind einzuhalten. Das gehört zu den normalen Gepflogenheiten der Arbeit.

Sicher gibt es Probleme bei der Weiterleitung von Informationen und nicht immer gelangen die Informationen dorthin, wo sie hin gehören.



Aber am Beispiel der Bitte um Zuarbeit durch die AG Personalpolitik beim Landesvorstand wird deutlich, dass da offensichtlich noch andere Probleme existieren. Die AG hatte gebeten aus allen Kreisen eine Aufstellung zu erhalten der kommunalen und kreislichen Mandatsträger mit einer ganzen Reihe von Angaben. Diese wollte die AG dann analysieren um auf dieser Basis z.B. Weiterbildungsangebote zu entwickeln.

Ziel war es, diese Informationen bis zum 31. August abzugeben. Diesen termin haben wir dann auf den 30. September verschoben. (Urlaubszeit) ABER: bis heute liegen gerademal aus 7 Kreisen die Informationen vor, das ist 1/3 der Kreisverbände. Ein weiteres Drittel hat sich entschuldigt und Mitgeteilt, dass man daran arbeitet. Das andere Drittel hat sich gar nicht gemeldet und ignoriert offensichtlich die Bitte um Zuarbeit einfach. Das macht auf mehrere Probleme aufmerksam:

1. Wir nehmen uns nicht ernst!?
2. Wir haben große Probleme bei der Herstellung der Kontakte zu den kommunalen Mandatsträgern und bekommen die Informationen nicht.

Beides ist fatal und bedarf dringend einer Änderung.

Weitere Beispiele könnte ich aufzählen, wie die Zuarbeiten für die Flyer Kommunen in Not. Aber ich will es dabei belassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in allen unseren Bemühungen zur Durchsetzung einer gerechteren Politik müssen wir an eines unserer wesentlichsten Erfolgsrezepte anknüpfen: der konsequenten Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidungsfindung, so wie wir es mit unseren Basis- und Regionalkonferenzen erfolgreich praktiziert haben, der engen Zusammenarbeit zwischen der Landespartei und der Landtagsfraktion als dem

Kompetenzzentrum für unsere Politik sowie die Nutzung der großen Potentiale der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Kommunalpolitischen Forums und des Jugendverbandes als Kooperationspartner.

Wenn uns das gelingt, dann kann uns alles gelingen.